

**Annoncen-
Annahme-Bureau:**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Willemsstr. 16.)
bei C. J. Alric & Co.
Breitestr. 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei J. Streiland,
in Breslau bei Emil Kahlh.

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 72.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Freitag, 29. Januar

(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum, Resten verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am folgenden
Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr
Nachmittags angenommen.

1875.

**Abonnements auf die Posener Zeitung pro
Monat Februar und März werden bei allen
Postanstalten zum Preise von 1 Thlr. 6 Sgr.
4 Pf., sowie von sämtlichen Distributoren
und der unterzeichneten Expedition zum Be-
trage von 1 Thlr. entgegen genommen, worauf
wir hierdurch e. gebenst aufmerksam machen.
Expedition der Posener Zeitung.**

Amtliches.

Berlin, 28. Januar. Der König hat den Kammerherrn und
Landrath des Kreises Koblenz Freiherrn Franz Jakob Hubert Raitz
von Krenk zum Schlosshauptmann von Stolzenfels ernannt.
Dem Advokaten Marcard in Nienburg ist die Verlegung seines
Wohnsitzes von Nienburg nach Hoya gestattet worden.

Deutscher Reichstag.

55. Sitzung. (Schluß.)

Nachdem im Fortgang der Beratung des Bankgesetzes der Abg.
Sonnemann die Annahme seines Antrags zu § 44 empfohlen,
erhielt das Wort der

Bundeskommissar Geh. Rath Dr. Michaelis: Ich möchte
zur Empfehlung des Antrags Siemens noch Einiges anfügen. Als
diese Materie von der Gesetzgebung geregelt werden sollte, stand die
Entwicklung unseres Bankwesens so, daß wir ein solches Chaos von
verschiedenen Bankinstituten vorfinden, daß es sehr schwer war, einen
Plan zu entwerfen, welcher erstens die Herstellung einer für die Si-
cherheit des Verkehrs genügenden Ordnung bringt und zweitens ge-
genüber den Banken und ihrem Publikum möglichst die bestmöglichen
Grundsätze aufrecht erhält. Man fand sechs Banken vor mit un-
beschränkter Notenemissionsbefugnis, mehrere konfessionelle Landesbanken
mit sehr bedeutender Emissionsbefugnis, gewisse rein lokale Banken
mit beschränkter Befugnis, außerdem Institute, die nicht als
Landesbanken leben konnten, und endlich Volksbanken als Zentralpunk-
ten des Verkehrs. Dieser letzten Klasse gehören mehrere der Banken
an, welche eine unbeschränkte Notenemissionsbefugnis haben: die
Banken von Gera, Gotha, Bielefeld. Es war ein Plan zu machen,
der in Aussicht stellte, daß diese zahlreichen unbeschränkten
Emissionsbefugnisse auf ein enges Maß beschränkt würden und es
gleichzeitig ermöglichte, daß die betreffenden Banken für ihr Publikum
fortwirkten. Dazu ist nun die Steuer eingeführt; aber Sie werden
zugeben, daß für eine Bank mit der Befugnis unbeschränkter Noten-
emission in Zeiten, wo der Zinsfuß sehr hoch steigt, eine große Ver-
schiebung liegt, die Steuer von 5 Prozent zu zahlen, um von ihrer un-
beschränkten Befugnis Gebrauch zu machen, und dadurch schon vor-
handene Gefahren zu vergrößern. Sie werden ferner zugeben, daß es
auch mit dem großen Umfang im Umlauf gedruckter Noten verschiedener
Art seine entscheidenden Bedenken hat. In Norddeutschland haben wir
in Aussicht: Noten der Reichsbank, die in weitem Umfang zirkulieren,
Noten von einer Reihe von Volksbanken, die nur in nächster Nähe der
emittierenden Banken zirkulieren und dazu könnte nun noch eine große
Menge gedruckter Noten kommen von Banken mit unbeschränkter
Emissionsbefugnis, die sehr bedenklich werden könnte. Deswegen muß
diese Befugnis auf ein möglichst enges Maß zurückgeführt werden;
deswegen ist der Entwurf bestrebt gewesen, eine besondere Prämie da-
rauf zu legen, daß diese ausgedehnte Befugnis eingeschränkt wird auf
den Betrag des betreffenden Bankkapitals, und diese Prämie ist auch
in dem Antrag Siemens vorgeschlagen, da den Banken danach, wenn
sie ihre Emission so beschränken, erlaubt sein soll, ihre Geschäfte in
der Form weiter zu treiben, wie sie bis bisher betrieben haben. Und
das verstößt nicht gegen das Prinzip des Gesetzes; denn es handelt sich
dabei um eine verhältnismäßig verschwindende Summe. Der Vor-
theil, den diese Banken, die alle Volksbanken sind, haben sollen, inner-
halb ihrer bisherigen Weise fortzuleben zu können, hat noch eine
zweite Seite, daß nämlich dem Handelshand die lokale er-
wachsenen Kreditformen erhalten bleiben und daß Banken er-
halten bleiben, welche durch lange Jahre ein bedeutendes
Kapital von Geschäftlichen, Personen- und Geschäfts-
kenntnis erworben haben und nun in solche Banken leicht umgewandelt
werden, bei denen die Notenausgabe in den Hintergrund, das liberale
Geschäft in den Vordergrund tritt. Hierunter werden treten müssen
die Banken von Gera, Gotha, Bielefeld, Braunschweig, von selbst
werden darunter fallen alle preussischen Privatbanken und die Ober-
bayerische Bank. Die weisliche Geschichte aller großen Banken
Europas und Amerikas enthält für uns eine lange Reihe sehr werth-
voller Erfahrungen. Ich bitte nun, den Antrag Siemens anzunehmen;
Sie werden damit dem Verkehr nach zwei Seiten hin einen wesent-
lichen Dienst leisten. Sie werden bestehende Geschäftsförmigkeiten aufrecht
erhalten, erwachsene Erfahrungen für die Zukunft konfirmieren und
viele Institute leicht umwandeln und werden andererseits die weitgehen-
den Emissionsbefugnisse durch eine Prämie einschränken. Gegen den
Antrag Sonnemann dürften die verübten Regierungen Nicht ein-
zuwenden haben.

Abg. Dr. Lasker: Ich bitte Sie, den Antrag Siemens abzu-
lehnen. Wenn wir in das Gesetz beschränkende Bestimmungen über
die Geschäfte der Reichsbank aufgenommen haben, so ist das doch
nicht aus theoretischer Spielerei geschieden; sondern es ist nach den
Erfahrungen der Bankpolitik gesagt worden: Diese Geschäfte sind
schwer, jene sind keine Bankgeschäfte oder nicht geeignet,
den Noten volle Sicherheit zu geben. Hierauf beruhen
die Bestimmungen des § 13. Es soll also solchen Banken, welche sich
bestreben, nur in Höhe ihres Grundkapitals Noten auszugeben, ge-
stattet werden, andere Geschäfte zu machen. Wir stehen hier freilich
vor einer Entscheidung, durch welche möglicherweise an einzelnen Plätzen
Kreditbeschränkungen eintreten werden. Jedenfalls aber können wir
deshalb nicht durch Annahme des Antrags Siemens das Prinzip des
Gesetzes durchbrechen; denn die Konfirmierung der Noten hat doch
nur den Sinn, daß der Verkehr so vorwärts leben wird, daß die Noten
sicher und jederzeit einlösbar sind. Nach dem Gesetz nun ist als
Deckung für die Noten vorgeschrieben ½ Gold und ¼ gute Wechsel.
Wenn nun Herr Siemens glaubt, daß hiermit die Sicherheit für die

Noten gegeben und nun außerdem noch dem Ermessen eines
guten Bankdirektors andere Operationen gestatten will, so glaube ich,
daß das allzuleicht von den Bestimmungen eines Gesetzes gesprochen
ist, das wir soeben erst machen. Nach unserem Gesetz haben die Noten
kein Vorrecht; wenn es also richtig ist, daß gewisse Geschäfte den
Zettelbanken verweigert werden müssen, weil sie nicht genug Sicherheit
für prompte Einlösung der Noten bieten, so darf eine solche
Bank solche Geschäfte auch nicht in dem Theil ihres Geschäfts
machen, welcher nicht zur Notendeckung gehört. Denn die Notens-
sicherheit wird durch den Gesamterhalt der Geschäftssicherheit der
Bank gegeben. Statt also den Zettelbanken solche Befugnis zu un-
sicheren Geschäften zu geben, scheiden sie lieber bestimmte Objekte aus,
in denen Geschäfte dieser Art gestattet sein können; aber deswegen,
weil in einzelnen Plätzen derartige Bedürfnisse bestehen, jede Schranke
niederrücken, das ist unzulässig. Es handelt sich hierbei um eine
Summe von ca. 450 Millionen Mark. Für eine solche Summe wollen
Sie völlig freie Geschäftsgebarung gestatten? Das geht nicht; die
Banken werden sich im Gegentheil konformieren müssen und werden
nur nach den Vorschriften dieses Gesetzes im § 13 Geschäfte machen
dürfen. Wenn nach Errichtung der Reichsbank eine Zettelbank sich
über ihr legitimes Maß erhebt, so würden ihre Noten auch an die
Reichsbank kommen und dann von dieser sofort remittiert werden und
dadurch wird eben eine Regelung eintreten. Ihr Antrag aber will zu
Gunsen einzelner Plätze im letzten Paragraphen noch alle Sicherheits-
maßregeln aufheben, welche wir zur Sicherung des Notenverkehrs in
dem Gesetz aufgestellt haben. Sie würden auch durch seine Annahme
Ihren Zweck, die Konfirmierung aller zirkulierenden Noten, nicht er-
reichen, sondern es würden dann Noten mit vollem inneren Werth
vorhanden sein und Noten, deren innerer Werth stets in Frage ge-
stellt wäre, weil die betreffenden Institute Geschäfte machen, welche
mit dem Wesen einer Zettelbank unvereinbar sind und es läme noch
dazu, daß die Annahme solcher Noten nicht einmal in die Freiwillig-
keit gestellt wäre, sondern daß sie trotz ihrer Minderwerthigkeit ge-
nommen werden müßten. Rechnen Sie daher das Amendement
Sonnemann ab!

Abg. Mosle (Bremen): Die Ausführungen der Herren Lasker
und Sonnemann wären an ihrer Stelle, wenn wir in dieser Frage
tabula rasa hätten; hier handelt es sich aber nicht um die Verteidigung
einer bloßen Theorie, sondern um praktische Bankpolitik und die
Verhältnisse des Verkehrs lassen sich nicht durch Gesetze hinwegdispu-
tiren; leichter ginge ein Kamel durch ein Nadelöhr! Wollen Sie
diesen praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen, so nehmen Sie den
Antrag Siemens an; es wird sonst speziell für Bremen der Handel,
der sich in den letzten Jahren von England dorthin gezogen hat, wieder
verlieren.

Abg. Kardorff: Meine Herren, ich bitte Sie, den Antrag Sie-
mens abzulehnen, er spricht vollständig gegen das Prinzip des ganzen
Gesetzes. Mit der Annahme desselben würden wir in die unangenehme
Lage kommen, zwei Arten von Banknoten, einmal wirklich vollwerthige
und dann solche, bei denen man sich fragen muß, ist das Grundkapital
solide angelegt worden? Der Antrag würde einen Zustand herbei-
führen, der den Privatbanken eine Ausdehnungsfähigkeit bieten könnte,
die weit über das Ziel des Gesetzes hinausgeht. Jedenfalls bitte ich
Sie also, so wie Sie jetzt die Bestimmungen über die Reichsbank be-
lieben haben, lehnen Sie den Antrag ab.

Abg. Güttherr: Meine Herren! Ich bin erstaunt, daß wäh-
rend die Meisten von Ihnen sonst auf allen wirtschaftlichen Gebieten
dem laissez faire et laissez aller huldigen, gerade bei diesem Para-
graphen, der diesem Prinzip zuwiderläuft, den amendirenden Antrag
Siemens nicht annehmen wollen. Sie setzen sich dadurch mit sich
selbst in Widerspruch und schon deshalb möchte ich Sie bitten, den
Antrag Siemens anzunehmen.

Bundesbevollmächtigter Geh. Rath Michaelis: Was die zu
große Ausdehnungsfähigkeit der Privatbanken betrifft, derwegen der
Abg. v. Kardorff anstich ist, so bemerke ich nur, daß sämtliche
Statuten der einzelnen Banken fortbestehen, daß aber Änderungen
der Statuten nur unter der Controle des Bundesraths künftig zu ge-
schehen haben werden. Ich bin übrigens der Meinung, daß wenn
hier im Hause eine Erhöhung der Controle der inneren Leitung der
Banken seitens der Regierung gewünscht wird, dies nicht Sache der
Gesetzgebung sein kann, sondern eine Aufgabe derjenigen Fakultät, dem
die allgemeinen Anordnungen zur Ausführung dieses Gesetzes über-
tragen sind.

Verichterstatter Abg. Bamherger: Wir haben es mit einem
Antrage zu einem § zu thun, dessen Inhalt in der Kommission so gut
wie gar nicht bekämpft worden ist. Wenn ich trotzdem den Antrag
ausdrücklich widerlege, so geschieht dies, weil ich fürchte, daß das Haus
kann die gefährlichen Schläfen des redgewandten Herrn Antragstel-
lers nachsehen und sich zur Annahme verstehen. Gerade das, was
verleitet geschädigt Weise schon zu seinen Gunsten verwendet hat, muß
in Wahrheit die demselben entgegenstehen, daß nämlich die Annahme
des Antrags das Gesetz zerstören würde. Wenn wir die strengen Ge-
setzen, die der Paragraf der Kommissionsvorlage den Privatbanken
nicht aufgeben wollten, würden wir da kommen mit unseren
Garantien für deren Solidität, wie sollten wir da die Verpflichtung
der Reichsbank aufrecht erhalten, sämtliche Privatbanknoten in Zah-
lung nehmen zu müssen. Soll die Reichsbank solche Garantien über-
nehmen, so muß sie sich auch darum kümmern, wie das Kapital
jener Banken wirklich platziert sei. Sie muß da über wachen können,
daß namentlich eine Bank Kredit-Geschäfte nicht mache, Kon-
tostorrent-Verbindungen nicht habe. Denn das wäre ein eben solcher
Fehler, als wenn man, wie das leider in Deutschland so sehr um sich
gegriffen hat, bewährte Industrieunternehmen aus den Händen des
Einzelbesitzes genommen, sie kapitalisiert und in Aktiengesellschaft mit
Direktorenleitung verwandelt. Wie hier die Möglichkeit der Kredit-
benutzung die Verfügung der Direktoren war, so lange das Institut
zu halten, wie es geschäftlich, aber nicht mehr technisch möglich war,
so wird, wenn die Banken Kreditgeschäfte machen, der Unsolidität
freies Feld gelassen. Ich bitte Sie daher dringend, lehnen Sie den
Antrag Siemens ab und nehmen Sie die Kommissionsvorlage, die
eine Folge sehr ernster Erwägungen ist, an.

Hierauf zieht der Abg. Hoyerbach seinen Antrag zurück. Die
Amendement-Schmidbeck-Stauffenberg, Dr. Hübner und Georgi wer-
den abgelehnt. Die Antäe Cipio, Sonnemann und Siemens
letzterer mit 125 gegen 124 Stimmen werden hierauf angenommen
und mit diesen Änderungen auch der § 44.

Zu § 50 der von der Entziehung der Befugnis zur Notenausgabe
handelt, beantragt Abg. Mölke, daß die Entziehung durch gericht-
liches Urtheil auch folle erfolgen können, wenn die Bank an ihrem
Hauptsiße oder an ihrer Zweigstelle ihre Noten nicht zu vollem Nom-
inalwerth in Zahlung zieht. Derselbe wird abgelehnt und der § 50 der
Kommissionsvorlage unverändert angenommen.

Zu den letzten Paragraphen, betreffend die Regulierung der Aus-
gabe der Antikellenscheine wird ohne Debatte ein Antrag Lasker, der

technisch in mehrere Zusatzparagraphen die Art und Weise der Ausgabe
der Schatzanweisungen für das Grundkapital der Reichsbank normirt,
angenommen. Ebenso ein Antrag Meyer (Thorn) als letzten
Paragraphen aufzunehmen: „Die Eintragung der Reichsbank in's
Handelsregister und die rechtlichen Folgen derselben finden auf die
Reichsbank keine Anwendung.“

Nachdem Präsident Deibitz sich für den Antrag ausgesprochen
und der Abgeordnete Römer hervorgehoben, daß die Annahme
dieses Antrages der Frage keineswegs präjudizire, ob die Reichsbank
als eine Aktiengesellschaft anzusehen sei, wird der Antrag ohne weitere
Debatte und darauf das Gesetz im Ganzen angenommen. Hierauf
verträgt sich das Haus auf Freitag 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung stehen: 1) Zweite Beratung des Gesetzes
über die Nebenausgabe. 2) Antrag Tackmann vom Vorlesung eines
Gesetzes über das Gefängniswesen. 3) Verschiedene Petitionen und
dritte Beratungen kleinerer Gesetze. (Schluß 4 Uhr.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 29. Januar.

— Zu den Entlassungsprüfungen der Seminaristen und
resp. zur Prüfung derjenigen Kandidaten für das Lehramt, welche
nicht in einem Seminar gebildet worden, sind für die Anstalten in
der Provinz Posen für das Jahr 1875 folgende Termine anberaumt
und zwar: in den evangelischen Seminarien: in Bromberg vom
1 März c. bis 6 März c., zu Koschmin vom 26. April c. bis 1.
Mai c.; in den katholischen Seminarien: zu Paradies vom 21.
Juni c. bis 26. Juni c., zu Erin vom 16. August c. bis 21. August c.;
in dem Simultan-Seminar zu Ratibisch vom 5. Juli c. bis
10. Juli c.

— Die Termine zu Prüfungen für Lehrerinnen und Er-
zieherinnen sind pro 1875 wie folgt festgesetzt: für Posen am
12. April und ff. für Lehrerinnen, am 16. Oktober und ff. für Vor-
sichterrinnen, am 11. Oktober und ff. für Lehrerinnen, am 15. Oktober
und ff. für Vorsichterrinnen; für Bromberg: am 8. März und ff.
für Lehrerinnen, am 12. März und ff. für Vorsichterrinnen. — Durch
Verfügung des Herrn Oberpräsidenten sind zu Mitgliedern der
Prüfungskommissionen pro 1875 ernannt worden: für Posen:
Konfistorial Rath Jäkel als Vorsitzender, Prov.-Schulrath Tschadert,
Rektoren- und Schulrath Lule, Seminar-Direktor Dr. Barth,
Seminar-Lehrer Professor Senel und Religionslehrer Bielewicz
bierselbst; für Bromberg: Regierungsrath Junglaß als Vor-
sitzender, Regierungsrath Schmidt, Seminar-Direktor Vater, Ober-
lehrer Weigand und Gymnasial-Lehrer Fröhlich dafelbst.

— Exzeffe. Vorgestern Abend geriet ein Maurergeselle, ein
bekannter Hausbold, auf der Straße mit einem Baderlehrling in
Streit, hieb ihm mittelft eines mit Blei gefüllten Stodes über den
Kopf und hieb ihm hierauf den linken Nasenflügel ab. Der Exzedent
ist verhaftet. — Ein Soldat wurde gestern von einem unbekannten
Räuber in einer Schänke auf der Dominikanerstraße mit einem
Messer in den Arm gestochen, weil er angeblich der Frau desselben die
Wange gestreichelt haben soll.

— Diebstähle. Vor einigen Tagen wurde einer Hauseigentüm-
lerin am Alt. a Markt aus einem verschlossenen Spinde auf dem
Hauesflur ein großer gestickter Teppich gestohlen. — Verhaftet wurden
gestern auf dem Z. n raibahnhof 4 Männer, weil sie dort von einem
Kassakhaufen eine Quantität Kohlen gestohlen. — Verhaftet wurde ein
bereits bestraffter Arbeiter wegen Bettelns und Entwendung eines
Bettbezuges aus einem Hause in der Schuhmacherstraße. — Einem
Arbeiter aus Lawice sind heute Nacht fünf weiße Gänse gestohlen
worden.

d — Koschmin, 26. Januar. (Gesundheitszustand. Witterung.) Der Gesundheitszustand ist in der hiesigen Stadt und Um-
gebung durchaus kein guter. Vornehmlich grassirt hier schon seit dem
Herbste v. J. das Scharlachfieber unter den Kindern, welches schon so
manches Opfer gefordert hat. Auch Typhusfälle, Augenentzündungen
sowie andere Erkrankungen der Athmungsorgane haben wir gehabt.
Die Hauptsache für diese Erscheinungen mag wohl in der so außer-
ordentlich wechselvollen und für die jetzige Jahreszeit ganz abnormen
Witterung liegen. Mit Ausnahme von drei kalten Tagen, an welchen
das Thermometer ohne allmählichen Uebergang bis zu 22° Rte stieg,
haben wir bei abwechselnd Regen resp. Schneeschnee und Sonnen-
schein, durchschnittlich einige Grad Wärme.

k. Schneidemühl, 27. Januar. (Fortsetzung. Versez-
zung.) Nachdem die hiesige Forstasse seit Juli v. J. durch den Re-
gierungsdiarater Baternam stellvertretungsweise verwaltet worden ist,
trifft in diesen Tagen der nunmehr definitiv ernannte Rentant,
Duttrik-Kommissar Kopitzke aus Posen. Eine hieselbst ein, um am
5. Februar die Verwaltung der Kasse zu übernehmen. — Der hiesige
Polizei-Direktor Kommissar Kollmann wird auf seinen Antrag zum 1.
März d. J. nach Bafsch, und der dortige Kommissar Nette in gleicher
Eigenschaft hierher versetzt.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Straßengesetzbuch für das deutsche Reich. Textausgabe mit An-
merkungen von Rudorff, Geh. Finanzrath. Taschenformat. 6. Aufl.
cart. (Berlin, Verlag von J. Gutentag.) Diese Ausgabe zeichnet sich
durch Genauigkeit und Treue des Textes, Sammlung schätzbarer No-
tizen auf dem ersten Raum, handliches Format, gute Ausstattung und
billigen Preis (M. 0.90) aus. Außer dem Reichs-Einführungsgesetze
und dem Einführungsgefeße für Elsaß Lothringen enthält diese 6 Aufl.
sowie die wichtigsten, neueren strafrechtlichen Erkenntnisse der obersten
deutschen Gerichtshöfe.

* Die Nr. 5 der von Dr. Guido Weiß herausgegebenen poli-
tisch-literarischen Wochenschrift „Die Wage“ enthält: Die Religion.
(Schluß.) Von A. Duff. — Der Lebensretter wider Willen, ein poli-
tisch & Sittenbild aus Rußland. Von v. S. — Octave Feuillet. Von
V. Vöter.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Berliner Nordbahn. Wie Berliner Blätter mittheilen, hat
der Handelsminister am Mittwoch auf die Anträge der Direktion da-
hin reaktivirt, daß er zwar die Uebernahme von Bau und Verwaltung
der Bahn durch den Staat für die Fortsetzung der fortbestehenden Gefell-
schaft nicht befürwortet resp. dem Landtage vorschlagen könne, dage-
